



**Wahl zum Studierendenparlament 2022**

**WAHLPROGRAMM**

# Präambel

Die Liberale Hochschulgruppe Saar bekennt sich ausdrücklich zur studentischen Mitbestimmung. Daher setzen wir uns entschieden für die Wahrnehmung aller den Studierenden bereits eingeräumten Kompetenzen ein und fordern den Ausbau dieser Mitbestimmungsmöglichkeiten. Dies kann allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn die Vertretung der Studentinnen und Studenten (namentlich Studierendenparlament und AStA) verantwortungsvoll und transparent mit dem in sie gesetzten Vertrauen der Studierenden und den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln umgehen. Neben inhaltlichen Forderungen setzt sich die Liberale Hochschulgruppe Saar daher auch massiv für eine strukturell zukunftsfähig und gerecht aufgestellte Studierendenvertretung ein.

Außerdem sieht die Liberale Hochschulgruppe Saar die Freiheit studentischen Lernens als wesentliches Merkmal universitärer Lehre an. Daher treten wir entschieden gegen übertriebene Reglementierung in Studium und Lebensgestaltung ein. Besonders die Nachwirkungen der zweijährigen Coronapandemie müssen seitens der Universität des Saarlandes aufgearbeitet werden und darüber hinaus der Lehrbetrieb auf die Möglichkeit der erneuten Pandemiesituation vorbereitet werden.



# Digitalisierung vorantreiben

## Hybrides Vorlesungsmodell zum Standard machen

Jedem Studierenden sollte es frei stehen selbst zu entscheiden, ob Präsenz- oder Onlinelehre zum besten Erfolg im Studium führt. Die Lebensumstände und Lerntypen sind individuell, daher sollte jeder eigenverantwortlich das für sich optimale Lehrformat wählen dürfen. Sollte es erneut zu einer Ausnahmesituation wie der Coronapandemie kommen kann somit die Qualität der Lehre gewährleistet werden.

## Papierfreie Kommunikation ermöglichen

Wir fordern die Schaffung digitaler Kommunikationskanäle zwischen Universitätsverwaltung und den Studierenden. Konkret soll die Möglichkeit geschaffen werden Scheine für Prüfungsleistungen, Praktikumsnachweise und Ähnliches in digitaler Form dem Prüfungssekretariaten zukommen zu lassen. Ferner sollen auch Krankmeldungen und Atteste digital den zuständigen Sekretariaten übermittelt werden können. Langfristig fordern wir die Umwandlung aller Anträge in Papierform hin zu digitalen Formularen.

## Papierfreien Lehrbetrieb einrichten

Studierende sollen auf die Vorteile von PDF-Versionen der Lehrbücher aufmerksam gemacht werden und Skripte und Vorlesungsfolien sollen online vollständig ebenfalls in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt für die in Vorlesungen und Seminaren benötigten Unterlagen. Der Bestand der Universitätsbibliotheken soll nach und nach über Scans digitalisiert werden, um Kopien und vergriffene Buchexemplare schon bald der Vergangenheit angehören zu lassen.

## Steckdosenverfügbarkeit erhöhen

Im Zuge der Digitalisierung benutzen viele Studierende digitale Endgeräte um Vorlesungsmitschriften anzufertigen. Daraus bedingt sich die Notwendigkeit der Verfügbarkeit von Stromanschlüssen. Daher fordern wir die Installation von Steckdosen an jedem Sitzplatz in den Hörsälen um einen reibungslosen Betrieb der Geräte während den Vorlesungen gewährleisten zu können.

## Anmelde- und Informationssystem vereinheitlichen

Es soll ein einziges, einheitliches Anmelde- und Informationssystem über alle Studiengänge hinweg eingerichtet werden. Dieses soll die Funktionen des LSF, des SIM, des ViPa, des Moodle und des CMS kombinieren. So soll die unnötige Nutzung verschiedener Systeme gleichzeitig vermieden und Informationen für alle Studierende an einem Ort gesammelt zur Verfügung gestellt werden.

## Datenbank für Studienunterlagen schaffen

Altklausuren, Mitschriften, Zusammenfassungen, etc. leisten einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung auf die Leistungskontrollen zum Ende eines jeden Semesters. Gerade in den ersten Studienjahren bereitet das effektive Lernen noch Schwierigkeiten. Klausuren der vorigen Studienjahre nehmen den Studierenden dabei den Druck und helfen in der Vorbereitung auf die Leistungskontrollen immens. Eine solche Datenbank fördert somit nicht nur ein erfolgreiches Studium, sondern ebenfalls eine erfolgreiche Lehre an der jeweiligen Fakultät.

## Überall mit UdS-Card zahlen

Zahlungen mit der UdS-Card sollen auf dem gesamten Campus möglich sein. Entsprechende Terminals zur Zahlung sollen in allen Geschäften eingerichtet werden. Zur einfacheren Handhabung soll das Guthaben über die App oder Website online sowohl abgerufen als auch aufgeladen werden können. Hierzu müssen Strukturen geschaffen werden, um die Aufladung mittels gängiger Zahlungsmethoden zu ermöglichen.

## VPN-Zugang für juristische Recherchertools erweitern

Juristische Recherchertools wie Beck-Online sind essentielle Bestandteile erfolgreicher Hausarbeiten sowie eines erfolgreichen Studiums. Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher eine dauerhafte Erweiterung der Nutzbarkeit dieser Tools über den bereits bestehenden VPN Client. Damit würde die Möglichkeit geschaffen, Recherchearbeiten auch von zu Hause über einen gesicherten Fernzugriff durchzuführen und die notwendigen Datenbanken zu nutzen.

## Evaluationsergebnisse online veröffentlichen

Die Ergebnisse der Evaluationen aller Lehrveranstaltungen am Ende jeden Semesters sollen für alle Studierenden online einsehbar sein. Dies schafft sowohl Transparenz für die Studierenden als auch zusätzliche Anreize für die Lehrenden die Qualität Ihrer Veranstaltungen zu halten und zu erhöhen.



# Studentische Gelder sinnvoll verwalten

## Kostenerstattung im Zuge des 9€-Tickets ausbezahlen

Die Bundesregierung beabsichtigte mit der Einrichtung des 9€-Tickets eine direkte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Darunter fallen auch die Studierenden der Universität des Saarlandes. Eine Anrechnung der Entlastung im kommenden Wintersemester verfehlt diese Absicht. Ferner käme bei dem momentan angestrebten Modell des AStAs die Entlastung nicht ausschließlich bei denjenigen an, die die wirtschaftliche Entlastung treffen soll. Die liberale Hochschulgruppe fordert daher die direkte Weitergabe der Entlastung an die Studierenden.

## Strukturell zukunftsfähig und gerecht aufgestellte Studentenvertretung schaffen

Die Gremien der studentischen Selbstverwaltung, zu denen auch der AStA zählt, sollen dem Wohl und Interesse der gesamten Studierendenschaft dienen. Hierbei sollen sich insb. beim AStA die Referate wieder danach bestimmen, welche Aufgaben wahrzunehmen sind, und nicht etwa andersherum. Die LHG Saar fordert daher eine grundlegende Neuordnung der AStA-Referate mit dem Ziel der Effizienzsteigerung bei der AStA-Struktur. Die liberale Hochschulgruppe fordert die Reduzierung der AStA-Referate. Das hierbei eingesparte Geld soll zweckgebunden in studentische Projekte oder Veranstaltungen auf dem Campus fließen, und so einer weitaus größeren Anzahl an Studierenden zugutekommen als momentan. Besonders das studentische und kulturelle Leben sollte nach den Einschränkungen der Coronapandemie gestärkt werden. Zur Steigerung der Transparenz sollen zusätzlich die ohnehin öffentlichen StuPa-Sitzungen wieder live gestreamt werden.

## BAföG elternunabhängig gestalten

In Zeiten von Fortschrittskontrollen und steigendem Leistungsdruck im Studium können immer weniger Studierende ihr finanzielles Auskommen durch eigene Leistung sichern. Wir betrachten deshalb das BAföG als einen zentralen Dreh- und Angelpunkt der Studienfinanzierung. Durch den mit ihm verbundenen Verwaltungsakt, kommt die Beantragung des BAföG jedoch zunehmend einer Nebenerwerbstätigkeit gleich, die dem ursprünglichen Sinn der Förderung entgegensteht. Wir erkennen des Weiteren an, dass die Unterstützung der Studierenden durch das Elternhaus ein wichtiger Beitrag zum Funktionieren des BAföG-Systems in seiner jetzigen Form darstellt. Allerdings bei weitem nicht alle Eltern zeigen dabei Verständnis für die Situation, in der sich ihre Kinder befinden und erzeugen zusätzlichen Leistungsdruck. Hinzu kommt, dass eine Förderung über die Regelstudienzeit hinaus nur in wenigen Härtefällen möglich ist. Auch hier bedarf es einer Ausweitung der Härtefall-Gründe, um Studierende in der belastenden Zeit kurz vor ihrem Abschluss nicht noch in existenzielle Bedrängnis zu bringen. Für die LHG Saar sollte ein Studium von Wissensdrang, Charakterbildung und Selbstbestimmung geprägt sein, statt von Versagensängsten, Leistungsdruck und Geldsorgen. Wir fordern deshalb die Bewilligung des BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern. Hierzu soll für jeden Studierenden ein BAföG-Grundbetrag in Höhe von 400€ bürokratiefrei abrufbar sein. Zudem soll die Möglichkeit bestehen diesen Grundbetrag auf Antrag auf das Doppelte aufstocken zu können. Ferner fordern wir eine Ausweitung und Anpassung der Härtefallregelung an heutige Realitäten.

## Barrierefreiheit im Kopf und im Hörsaal schaffen

Für eine effektive Chancengerechtigkeit ist es unumgänglich, dass allen Studierenden Teilhabe am freien und selbstbestimmten Studium ermöglicht wird. Niemand darf aufgrund individueller Handicaps oder Krankheit benachteiligt werden. Daher fordert die LHG eine behindertengerechte räumliche Ausstattung, barrierefreie Zugänge, automatisierte Türen sowie den Einsatz technischer Hilfsmittel und digital verfügbarer Lernmittel. Durch technische Umrüstung, gezielten Neubau und finanzielle Investitionen muss sichergestellt werden, dass alle Studierenden, mit und ohne Handicap, das Studium und die damit verbundenen Aktivitäten rund um den Campus voll auskosten kann.

## Anmeldeprozesse gerechter gestalten

Die Anmeldung bei Unisport, Sprachkursen oder Seminaren fordert von den Studierenden teils schnelle Reflexe, da die ersten Anmeldungen auch die entsprechenden Plätze erhalten. Frei nach dem Motto „schwitz beim Sport – nicht bei der Anmeldung“ fordern wir für alle Anmeldeprozesse an der Universität einen Anmeldezeitraum zu schaffen und die Platzvergabe nach dem Losverfahren umzusetzen.

## Bessere Vereinbarkeit von Studium und familiären Verpflichtungen ermöglichen

Neben dem ohnehin stressigen Studium meistern manche Studierende die Herausforderung der Elternschaft oder der Pflege von Angehörigen. Um die Lebenssituation dieser Studierenden zu vereinfachen fordern wir eine bessere Vereinbarkeit von Studium und familiären Verpflichtungen. Hierzu soll dieser Personenkreis weitestgehend von Anwesenheitspflichten entbunden werden. Zudem würden diese Studierenden im Rahmen eines vollständig hybriden-Lehrbetriebs von der entstehenden Flexibilisierung des Studiums profitieren.

## Mental-Health Initiative starten

Die Auswirkungen der Coronapandemie und die damit einhergehende Isolation ging nicht spurlos an den Studierenden vorbei. Insbesondere die fehlende soziale Interaktion zwischen Studierenden führte zum vermehrten Auftreten von psychischen Belastungen. Deshalb fordern wir den Start einer Mental Health Initiative durch die Universität. Konkret soll die Psychologisch-Psychotherapeutische Beratungsstelle (PPB) zum Wohl der mentalen Gesundheit der Studierenden weiter ausgebaut werden. Dies bedingt eine Erhöhung der verfügbaren Mittel der PPB sowie eine Aufstockung der Personalkapazitäten. Ferner fordern wir die Einrichtung von Resilienz-Workshops für Studierende als Präventionsmaßnahme.



# Über unsere Uni hinausdenken

## Hochschulübergreifende Kooperation ausbauen

Gemeinsam mit Vertretern aus beispielsweise HBK, HfM und HTW wollen wir ein starkes Gegengewicht zur Bildungspolitik im Land bilden. Idealerweise würde diese Kooperation in einem demokratisch legitimierten Rahmen stattfinden. Zusätzlich zum bestehenden Studierendenparlament fordern wir stärkere Kooperationen mit den anderen saarländischen Studierendenschaften, z.B. in Form eines gewählten Ausschusses. Durch eine solche Kooperation wäre eine Konzentration auf rein bildungspolitische Themen hochschulübergreifend möglich, während die jeweiligen Studierendenschaften einen größeren Fokus auf die für sie relevanten Themen legen könnten. Dieses Konzept würde es zudem ermöglichen, dass bildungspolitische Forderungen auf höherer Ebene diskutiert und gegebenenfalls verbessert werden können. Die daraus hervorgehende breitere Legitimationsbasis hätte eine stärkere Wirkung auf politische Entscheidungsträger im Land als bisher.

## Gründermentalität stärken

An der Universität wird nicht nur gelehrt, sondern auch geforscht. Die Studierenden und Forschenden entwickeln Ideen, welche für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können. Der volkswirtschaftliche Nutzen und die damit einhergehende Steigerung des Wohlstandes kann jedoch nur erreicht werden, wenn diese Ideen im Rahmen von universitären Ausgründungen auf den freien Markt gebracht werden. Oft werden Ausgründungen nicht realisiert, da unsere aktuelle Gesellschaft zu risikoavers ist oder die Option der Ausgründung auch einfach nicht als Option wahrgenommen wird. Die liberale Hochschulgruppe fordert die Gründermentalität ihrer Studierenden zu stärken. Konkret soll in jedem Wahlbereich das Modul „Gründungsmanagement“ verankert werden. Auch soll aktiv auf die Möglichkeit dieses Modul zu belegen in Studiengangsplänen hingewiesen werden.



## Mehr Europa wagen

Die Liberale Hochschulgruppe setzt sich für eine verstärkte Internationalisierung des Studiums an der Universität des Saarlandes ein. Um die Chancen der Großregion effizient zu nutzen, sollte der Blick dabei nicht nur eindimensional nach Frankreich gerichtet, sondern verstärkte Kooperation mit allen europäischen Staaten gesucht werden. Die UdS, welche sich auf einer geografischen Achse mit den wichtigsten Institutionen der Europäischen Union befindet, könnte sich aufgrund dieser prädestinierten Lage als idealer Ausbildungsort für eine Arbeit im europäischen Bereich aufstellen und dadurch Studierende aus ganz Europa anziehen. In diesem Zusammenhang fordern wir eine Ausweitung internationaler sowie interdisziplinärer Studiengänge. Außerdem setzt sich die Liberale Hochschulgruppe für eine Ausweitung des Erasmus+ Programmes an der Universität des Saarlandes ein. Jeder Studierende soll die Möglichkeit haben, ein Auslandssemester/ -jahr zu absolvieren, welches in den Studienplan integriert ist. Die LHG fordert daher, die Studienordnung der Fächer, die dies aktuell noch nicht gewährleisten, dahingehend anzupassen, dass die im Ausland erbrachten Leistungen vollumfänglich angerechnet werden. Der Anreiz, ein Auslands-Semester zu absolvieren, wäre für Studierende dann nicht durch einen etwaigen „Zeitverlust“ im Regelstudienplan gemindert. Um Auslands-Semester oder allgemeine Wechsel des Studienortes innerhalb Europas zu erleichtern, fordert die Liberale Hochschulgruppe die Anpassung der Semesterzeiten von deutschen Hochschulen an europäische Semesterzeiten. Gemäß den Beschlüssen der Hochschulrektorenkonferenzen sollen die Kernzeiten in einem Herbst-/ Wintersemester, das den Zeitraum vom 1. September bis 28. Februar des Folgejahrs umfasst, am ersten Montag des Septembers beginnen und spätestens Mitte/Ende Januar enden. In einem Frühjahrs-/ Sommersemester, das sich auf den Zeitraum vom 1. März bis 31. August erstreckt, sollen diese Kernzeiten vom ersten Montag des März bis spätestens Ende Juni reichen. Mit der Fixierung auf einen einheitlichen Anfang der Vorlesungszeiten und der offenen Terminierung des Endes sollen den Hochschulen genügend Spielräume verbleiben, um lokale Besonderheiten zu berücksichtigen. Die Verschiebung der Semesterzeiten darf keine Verlängerung oder Verkürzung der Vorlesungszeiten bedeuten. Zulassungs- und Auswahlverfahren der Studienanfänger sind zeitlich anzupassen.



## Notenumrechnung für Rechtswissenschaften gerechter gestalten

Der unterschiedliche Aufbau und die daraus resultierende differierende Notenskala des Studiengangs Wirtschaft & Recht und des Nebenfachs Rechtswissenschaft im Zwei-Fach-Bachelor der Philosophischen Fakultät und im Studiengang Historisch orientierte Kulturwissenschaften (Notenskala 1 - 5) im Vergleich zum Diplomstudiengang Rechtswissenschaft (Notenskala 0 - 18) führt zu einer ungerechten Umrechnung für Studierende der Bachelor- & Masterstudierenden. Bachelor- und Masterstudierende werden in ihren rechtswissenschaftlichen Anteilen, die bis zu 63 CP ausmachen können, durch die Lehrstühle der rechtswissenschaftlichen Fakultät nach deren Notenskala (0-18) bewertet. Im Anschluss erfolgt eine Umrechnung auf die Notenskala der Bachelor- und Masterstudiengänge. Diese Notenskala entspricht jedoch gerade in den oberen Notenbereichen nicht der erbrachten Leistung und verzerrt somit das Leistungsbild in diesem Studiengang. Während man als Studierender der Rechtswissenschaft mit der Note 9 (voll befriedigend) in den Prädikatsbereich aufsteigt und damit im Schnitt zu den besten 10 % der Geprüften gehört, entspricht das Ergebnis der Umrechnung der Klausurpunkte für Bachelor- und Masterstudierende in keiner Weise diesem Leistungsbild. Studierende des Studiengangs erhalten in derselben Klausur bei Erreichen der Punktzahl 9 nach Umrechnung 2,7 Notenpunkte, was verglichen mit anderen Bachelor- und Masterstudiengängen unterdurchschnittlich ist.

Eine gleiche Klausurleistung führt im Ergebnis somit im Studiengang Rechtswissenschaft zu einer überdurchschnittlichen, in Bachelor- und Masterstudiengängen zu einer unterdurchschnittlichen Leistung. Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher eine gerechte, dem Leistungsbild entsprechende Umrechnung der Notenpunkte für Bachelor- und Masterstudierende mit rechtswissenschaftlichen Anteilen.

## Lehrangebot an der philosophischen Fakultät ausbauen

Entgegen dem Trend fordert die Liberale Hochschulgruppe Saar, dass das derzeitige Lehrangebot generell erhalten bleibt, nachdem durch Abschaffung und Privatisierung einiger Fachbereiche keine Volluniversität mehr gegeben ist. Zudem wollen wir das Lehrangebot an der Philosophischen Fakultät wieder ausbauen. Hier bietet sich beispielsweise die Einrichtung des Nebenfachs „Gender Studies“ in Bachelor und Master an. Dabei könnte auf ein bestehendes Lehrangebot in allen Fachrichtungen der Fakultät zurückgegriffen werden. Darüber hinaus soll an der Philosophischen Fakultät generell die Möglichkeit geschaffen werden, fakultätsübergreifend und stärker interdisziplinär zu studieren. Dazu sollen die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften eingebunden werden. Im Falle der „Gender Studies“ wollen wir das Angebot durch Veranstaltungen der Biologie und Psychologie erweitern. Die Zertifikate „Gender Studies“ und „Europaicum“ sollen zusätzlich als Ergänzungsfächer angeboten werden.

## Größeren Wahlbereich in MINT-Fächern etablieren

Auf dem Arbeitsmarkt werden dringend Fachkräfte benötigt. Immer mehr Unternehmen achten jedoch nichtmehr ausschließlich auf die reinen Fachkenntnisse, sondern auch vermehrt auf so genannte Softskills. Diese werden bereits von der Universität beispielsweise in Form von Sprachkursen, Schlüsselkompetenzen oder fachfremden Modulen vermittelt. Die liberale Hochschulgruppe fordert die Anerkennung dieser Kompetenzen durch eine Erweiterung des Wahlbereichs in allen MINT-Fächern.

## Verlängerung der Abgabefristen direkt durch Dozenten ermöglichen

Die philosophische Fakultät ist bereits Vorreiter. Hier kann ein Antrag auf Verlängerung der Abgabefrist für Hausarbeiten unbürokratisch direkt an den Dozenten gestellt werden. Dadurch kann auf die individuellen Lebensumstände und Besonderheiten jedes Studierenden zeitnah reagiert werden, insbesondere bei spontaner unvorhergesehener Änderung der Außenstände. Die Liberale Hochschulgruppe fordert diese Möglichkeit in jedem Studiengang und für jedes Lehrformat einzurichten.

## Mehr Platz für Lerngruppen

Die Wohnsituation vieler Studierender lässt eine Verlagerung der Lernzeiten in private Räume, besonders wenn in Gruppen der Lernstoff erarbeitet werden soll, nicht zu. Ein Ausweichen auf die Bibliothek kann nicht die Lösung sein. An dieser Stelle muss die Universität für ihre Studierenden Räume schaffen. Die Liberale Hochschulgruppe fordert daher, dass Räume, wenn sie nicht gerade für Lehrveranstaltungen genutzt werden, in einem stets aktuellen Verzeichnis aufgenommen werden. Durch dieses Verzeichnis könnte jede Lerngruppe auch spontan einen freien Raum an der Universität zum Lernen finden.



## Französischen Platz zur Grünfläche umfunktionieren

Es wurde bereits in den zuständigen Gremien beschlossen, dass der französische Platz vor Gebäude B4.1 umfunktioniert werden soll. Die Parkflächen sollen verschwinden und die bisher versiegelte Fläche wieder begrünt werden. Es soll ein Ort der Erholung zwischen den stressigen Lehrveranstaltungen für die Studierenden und Lehrenden entstehen. Die liberale Hochschulgruppe setzt sich vehement für die zeitnahe Umsetzung dieser Beschlusslage ein.

## Grünflächen für Insekten attraktiv gestalten

Insekten leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unseres Klimas. In den letzten Jahrzehnten haben wir - selbst in gesonderten Schutzgebieten - einen dramatischen Rückgang an Insekten erleben müssen. Um diesen Rückgang zu stoppen, wird nach aktuellem Stand der Forschung empfohlen, vor allem kleine Inseln in der allgemeinen Landschaft zu schaffen, in denen Insekten aller Art bei längeren Reisen Schutz und Unterschlupf finden können. Die liberale Hochschulgruppe fordert daher bei der Neugestaltung ihrer öffentlichen Grünflächen, Ausgleichsflächen und Beeten aller Art bei der Auswahl von Gewächsen, Pflanzen, Stauden, etc. auf die besondere Insektenfreundlichkeit dieser zu achten.

## ÖPNV stärken

Die Liberale Hochschulgruppe setzt sich dafür ein, den ÖPNV in Richtung Universität zu stärken und so die Erreichbarkeit zu erhöhen, damit sich gleichzeitig das Verkehrsaufkommen auf dem Campus reduzieren kann.



# Homburg – kein Campus zweiter Klasse

## Promovieren leicht wie nie

Die LHG fordert die Einführung eines einheitlichen Onlineportals, auf welchem eine Übersicht aller im Moment verfügbarer Dr.-Arbeiten einsehbar ist. Im Moment gestaltet sich die Suche nach einer passenden Promotionsarbeit für die Studierenden leider sehr kompliziert und zeitaufwendig. Ohne alle passenden Lehrstühle einzeln anzufragen, findet sich nur selten die gewünschte Arbeit. Allerdings haben nicht nur Studierende bei der Suche Probleme. Viele Lehrstühle beklagen zudem auch, kaum Möglichkeiten zu haben, ihre anstehenden Projekte promoten zu können. Gerade von ausgeschriebenen Arbeiten an kleineren Instituten erfahren so die meisten Studierenden kaum. Bei einer einheitlichen Übersicht könnten alle promotionswilligen Studierende direkt die Arbeiten vergleichen und das für sie am besten passenden Angebot finden. Wenn auf unnötige Anfragen an Lehrstühle, die keine Arbeiten zu Verfügung haben, so verzichtet werden könnte, profitieren sowohl die Studierenden als auch die Lehrenden von diesem Konzept.

## Sportangebot ausbauen

Bei dem Sportangebot haben Homburger Studierende gegenüber den Saarbrückern leider oft das Nachsehen. Viele Kurse werden ausschließlich auf dem Campus der Landeshauptstadt angeboten. Allerdings ist nicht nur das Kursangebot in Saarbrücken wesentlich größer, auch die Ausstattung des Hochschulsports lässt in Homburg zu wünschen übrig. Daher setzt sich die LHG für die Errichtung eines Trimm-dich-Pfades, sowie eines Unifits, nach Saarbrücker Vorbild, ein. Sportangebote, die individuell genutzt werden können, kämen dem straffen Zeitplan der Medizinstudierenden entgegen und würden den Standort des Campus wesentlich attraktiver machen.

## Studiere doch wann du willst

Schulähnliche Stundenpläne und Anwesenheitspflichten, um die Hörsäle zu füllen, haben nichts mit eigenverantwortlichem Studieren zu tun. Die LHG setzt sich genauso gegen unnötige Anwesenheitspflichten, wie auch gegen das Vorziehverbot von Vorlesungsveranstaltungen ein. Solange im Hörsaal genug Platz ist, sollen die Studierenden der unteren Semester immer die Möglichkeit haben, Veranstaltungen vorzuziehen, um so ihr Studium eigenständig zu planen. Ein Pflichtfreisemester lehnen wir konsequent ab.

## Shuttlebusverbindung ausbauen

Nicht nur für Medizinstudierende ärgerlich, sondern ein generelles Problem: Der Shuttlebus zwischen Homburg und Saarbrücken verkehrt viel zu unregelmäßig und ist faktisch für viele nicht realistisch wahrnehmbar.

